


Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 28.06.2018

| | |
|--|---|
| Sitzungsort: | Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt |
| Beginn: | 17:09 Uhr |
| Ende: | 17:55 Uhr |
| Anwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Abwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Stadtratsvorsitzende: | Frau Pelke |
| Schriftführer/in: |  |

Tagesordnung:

| I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen- Nummer |
|-----------|--|--------------------------------|
| 1. | Eröffnung durch den Oberbürgermeister | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 8. | Entscheidungsvorlagen | |
| 8.19. | Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße" Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlich- keit Einr.: Oberbürgermeister | 0851/18 |
| 8.19.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Druck- sache 0851/18 - Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Go- thaer Straße / Wartburgstraße" Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | 1378/18 |

| | | |
|---------|--|----------------|
| 8.24. | Aussetzung von Ausschreibungen für städtische Wohn- grundstücke und Gebäude Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN | 0962/18 |
| 8.24.1. | Antrag der Fraktion SPD zur DS 0962/18 - Aussetzung von Ausschreibungen für städtische Wohngrundstücke und Gebäude | 1026/18 |
| 8.25. | Erfurter Baulandmodell - Stichtagsregelung Einr.: Oberbürgermeister | 0983/18 |
| 8.25.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0983/18 Erfurter Baulandmodell - Stichtagsregelung | 1383/18 |
| 8.32. | Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Drucksache 1384/16 - Haushalts sicherungskonzept (HSK) der Landes- hauptstadt Erfurt für den Zeitraum 2016 bis 2022 Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN | 1221/18 |
| 8.34. | Koordination der Maßnahmenvorschläge des Unteraus- schusses Kinder- und Jugendförderplanung zu den Anhö- rungsergebnissen zur Situation im Erfurter Süd-Osten Einr.: Jugendhilfeausschuss | 1230/18 |
| 8.36. | Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtver- waltung Einr.: Fraktion DIE LINKE. | 1261/18 |
| 8.37. | Sanierung der alten Stadtteilbibliothek Einr.: Fraktion DIE LINKE. | 1272/18 |
| 8.37.1. | Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1272/18 Sanierung der alten Stadtteilbibliothek | 1398/18 |
| 9. | Informationen | |
| 9.1. | Umsetzung Parkraumkonzept Innenstadt (DS 0129/14) - Inkrafttreten Bewirtschaftungszonen 1 - 5 Einr.: Oberbürgermeister | 1155/18 |
| 9.2. | sonstige Informationen | |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete die Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport, Frau Hoyer, die weiterführende öffentliche Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab sie die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Abschließend teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass eine Pause nicht stattfinden wird.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben wurden.

Zudem wurde der TOP 8.32 – Drucksache 1221/18 - Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Drucksache 1384/16 - Haushalts sicherungskonzept (HSK) der Landeshauptstadt Erfurt für den Zeitraum 2016 bis 2022 – auf Antrag der einreichenden Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben verwiesen.

Weitere Änderungen gab es nicht.

8. Entscheidungsvorlagen

- 8.19. **Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße" Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit** **0851/18**
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Hochheim in seiner Sitzung am 28.05.2018 und der Ortsteilrat Schmira in seiner Sitzung am 04.06.2018 die Drucksache einstimmig bestätigten.

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.06.2018 einstimmig (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2018 ebenfalls Einstimmig (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Ebenso einstimmig bestätigte der BUGA-Ausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 19.06.2018 (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1378/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion. In seiner Argumentation verwies er auf die Vorteile einer Ladestation für E-Bikes im Bebauungsplangebiet. Mit dem Hinweis, dass es sich zunächst um einen Prüfauftrag handelt, bat er um die Zustimmung zum Antrag.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sicherte die Unterstützung seiner Fraktion zum vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1378/18), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf. Der Antrag wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt.

Daraufhin erfolgte die Endabstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Für den Bereich südlich der Gothaer Landstraße, westlich der Messe und östlich bzw. nördlich der Wartburgstraße soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße" aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich wird begrenzt:

im Nordwesten: durch die nordwestlichen Grenzen der Flurstücke 253/3; 251/1; 249/4; 249/3 und 247/6 der Flur 3, Gemarkung Schmira

im Nordosten: durch die südwestliche Grenze des Flurstücks 201/2 und 203/2 der Flur 12, Gemarkung Hochheim bzw. die westliche Grenze des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes HOH 400 "Messe in einem Teilbereich der ega

im Südosten: durch die nordwestliche Grenze des Flurstücks 133/1 der Flur 12, Gemarkung Hochheim (Wartburgstraße)

im Südwesten: durch die nordöstliche Grenze des Flurstücks 133/1, Flur 3, Gemarkung Hochheim (Wartburgstraße) und die südwestliche Grenze der Flurstücke 251/1 und 553/3 der Flur 3, Gemarkung Schmira

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für den Bau eines Park & Ride-Parkplatzes mit einer Kapazität von ca. 400 Kfz-Stellplätzen und eines Parkplatzes für ca. 30 - 50 Reisebusse
- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für den Bau von temporären Abstellflächen für die BUGA im Jahr 2021 und damit die Erweiterung der Stellplatzkapazität auf 1000 Kfz-Stellplätzen und 100 Busstellplätzen am Standort

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung bei entsprechender Flächenverfügbarkeit für den Bau eines Reisemobilhafens mit ca. 100 Stellplätzen
- Erschließung des Parkplatzes über die Gothaer /Eisenacher Straße, um Belastungen des für diese Erschließung nicht geeigneten Straßennetzes in Erfurt-Hochheim zu vermeiden
- Parkplatzzufahrt über die Wartburgstraße
- Die Umweltauswirkungen sollen im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausführlich untersucht und bewertet werden.

02

Der Vorentwurf des Bebauungsplanes HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße" (3 Varianten) in seiner Fassung vom 23.04.2018 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

03

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes wird die Einordnung eines Fahrradleihsystems geprüft. Dabei sind die Szenarien und Bedarfe für die Zeit während und nach der BUGA 21 zu prüfen. Gegenstand dieser Prüfung sollen mehrere potentielle Anbieter von Fahrradleihsystemen sein, mindestens jedoch sind die Konzepte der Fachhochschule Erfurt und der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

Vor dem Hintergrund des ansteigenden Rückweges zum Park & Ride-Parkplatz soll bei der Prüfung darauf eingegangen werden, inwieweit das Leihsystem auch E-Bikes inklusive Lademöglichkeiten am Park & Ride-Parkplatz und Kombitickets für die Straßenbahn (mit Fahrradmitnahme) beinhalten kann.

04

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes und dessen Begründung durchgeführt.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

05

Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a – c beigelegt.)

- 8.19.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0851/18 - Bebauungsplan HOH716 "Parkplatz Gothaer Straße / Wartburgstraße" Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 1378/18

bestätigt Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 8.24. Aussetzung von Ausschreibungen für städtische Wohngrundstücke und Gebäude 0962/18
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 16.05.2018 in die zuständigen Ausschüsse.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1026/18 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 06.06.2018 in Fassung des Antrages der SPD (Drucksache 1026/18) einstimmig (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.06.2018 ebenfalls in der Fassung des Antrages der SPD (Drucksache 1026/18) mehrheitlich (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN teilte mit, dass der Antrag der Fraktion SPD übernommen wird und die Abstimmung entsprechend in der Fassung des Bau- und Verkehrsausschusses erfolgt, verkündete die Stadtratsvorsitzende.

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Bau- und Verkehrsausschusses.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des Beschlusses zur Drucksachen Nr. 0614/16 „Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung von Grundstücken in Erfurt-Nord“ die Ausschreibung zum Verkauf der Flächen und Gebäude Talstraße 15 und 16 vorzubereiten.

Bei der Ausschreibung ist auf den derzeitigen Arbeitsstand des Entwurfes zur Konzeptvergabe zurückzugreifen.

02

Die Ausschreibung ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am 17. Oktober 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

- 8.24.1. Antrag der Fraktion SPD zur DS 0962/18 - Aussetzung von 1026/18
Ausschreibungen für städtische Wohngrundstücke und
Gebäude

bestätigt

- 8.25. Erfurter Baulandmodell - Stichtagsregelung 0983/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 12.06.2018 bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1383/18 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache, wobei der Beschlusstext redaktionell wie folgt anzupassen ist:

→ Es wird das Wort "ab" in den Satz eingefügt:

[...]für die ab Verabschiedung des Baulandmodells durch den Erfurter Stadtrat ~~Beschlussfassung zur vorliegenden Drucksache (DS 0983/18; ("Stichtag")~~ noch [...]

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Kordon, Fraktion CDU, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion, verweis auf die genannte redaktionelle Änderung und bat um Zustimmung.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass mit der Stichtagsregelung ein erster wichtiger Schritt gemacht werde und begründete zugleich die Ablehnung des Antrags der Fraktion CDU.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1383/18) inkl. der redaktionellen Änderung, der die Ursprungsdrucksache änderte, zur Abstimmung. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 21
Enthaltungen: 0

abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 21 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Das derzeit in Erarbeitung befindliche Erfurter Baulandmodell soll vorbehaltlich der Bereitstellung von Fördermitteln aus dem Thüringer Innenstadt-Stabilisierungsprogramm (ISSP) in vollem Umfang für alle planungsbedürftigen Wohnungsbauvorhaben für den Geschosswohnungsbau zur Anwendung kommen, für die ab Beschlussfassung zur vorliegenden Drucksache (DS 0983/18; "Stichtag") noch kein Beschluss des Stadtrates zum Vorentwurf im Bebauungsplanverfahren vorliegt.

02

Planbedürftige Wohnungsbauvorhaben, für die der Stadtrat bereits den Entwurf des Bebauungsplans beschlossen hat, fallen nicht mehr unter die Regelungen des Erfurter Baulandmodells.

03

Die Verwaltung wird beauftragt, für die planbedürftigen Wohnungsbauvorhaben, die sich zum Stichtag zwischen Vorentwurf und Entwurf im Planverfahren befinden, gemeinsam mit den Vorhabenträgern eine den Umständen und dem Planungsfortschritt angemessene und zumutbare individuelle Lösung für Anteil und Art des geförderten Wohnungsbaus zu erarbeiten und dem Stadtrat mit Beschlussfassung zum Entwurf vorzulegen.

8.25.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0983/18 Erfurter Baulandmodell - Stichtagsregelung 1383/18

abgelehnt Ja 8 Nein 21 Enthaltung 0 Befangen 0

8.32. Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Drucksache 1384/16 - Haushalts sicherungskonzept (HSK) der Landeshauptstadt Erfurt für den Zeitraum 2016 bis 2022 1221/18
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

siehe TOP 2

Verwiesen in Ausschuss

8.34. Koordination der Maßnahmenvorschläge des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung zu den Anhörungsergebnissen zur Situation im Erfurter Süd-Osten 1230/18
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei dem Jugendhilfeausschuss für die Erarbeitung der Maßnahmenvorschläge und bat darum, wenn die Ergebnisse seitens der Stadtverwaltung zu den einzelnen Maßnahmen vorliegen, diese der Stadtteilkonferenz Erfurt Süd-Ost zur Kenntnis zu geben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt, dass der Hauptausschuss sich in seiner Funktion der Koordination der Arbeit der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates, mit dem in der Anlage befindlichen "Maßnahmenvorschlägen des Unterausschusses Kinder- und Jugendförderplanung zu den Anhörungsergebnissen zur Situation im Erfurter Süd-Osten" befasst.

02

Die Verwaltung wird gebeten, eine fachliche Stellungnahme zu den einzelnen Maßnahmenvorschlägen abzugeben.

8.36. Für die Einführung von Leichter Sprache in der Stadtverwaltung 1261/18
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Die Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN kündigten einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zudem kündigten die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Verweisung der Drucksache in den Hauptausschuss an.

Zu Beginn erläuterte Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., die Intention und die inhaltlichen Schwerpunkte der Drucksache ihrer Fraktion. In ihren Ausführungen gab sie bekannt, dass

ihre Fraktion den Hinweis der Verwaltung hinsichtlich des Beschlusspunktes 02 übernimmt und den Satz

"Des Weiteren werden Bescheide so gestaltet, dass die gesetzlichen Grundlagen, insbesondere die zugrundeliegenden Paragraphen, am Ende des Dokumentes gesammelt und gesondert aufgeführt werden."

als Empfehlung formuliert. Zusätzlich sollte eine Summe X im Haushalt für die Umsetzung des Beschlusses eingeplant werden, betonte Frau Stange.

Der Verweisung der Drucksache in den Hauptausschuss schließt sich die Fraktion DIE LINKE. an, so Frau Stange und beantragte zugleich die Verweisung in den Behindertenbeirat. Bezugnehmend auf den Inhalt der Drucksache sei der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung nicht zuständig, bemerkte sie abschließend.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, führte zur Drucksache aus. Seine Fraktion trage das Anliegen mit, jedoch ergeben sich aus der Stellungnahme der Verwaltung noch weitere Fragen, bemerkte Herr Panse. Seiner Ansicht nach sollten sich mehrere Ausschüsse mit der Thematik beschäftigen. Dahingehend beantragte er die Verweisung der Drucksache – wie bereits angekündigt – in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und schloss sich im Namen seiner Fraktion den Verweisungsvorschlägen von Herrn Panse an.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die Drucksache und dankte sich bei dem Einreicher. In ihren Ausführungen ging sie auf ihre Erfahrungen im Umgang mit Leichter Sprache ein, schilderte Besonderheiten und Schwierigkeiten in der Anwendung und verwies auf die genaue Definition der Leichten Sprache. Hinsichtlich zunächst zu klärender rechtlicher Fragen sollte die Drucksache vorerst nur in den Hauptausschuss und in den Behindertenbeirat verwiesen werden, empfahl Frau Rothe-Beinlich.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN auf Verweisung der Drucksache in den in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 10 |
| Nein-Stimmen: | 17 |
| Enthaltungen: | 2 |

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Sodann rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verweisung der Drucksache in der geänderten – gemäß der Stellungnahme der Verwaltung - Fassung in den Hauptausschuss und in den Behindertenbeirat zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 29 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

Somit wurde dieser einstimmig bestätigt und die Drucksache in der geänderten Fassung in die Sitzung des Hauptausschusses verweisen.¹

Verwiesen in Ausschuss

8.37. Sanierung der alten Stadtteilbibliothek 1272/18 Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1398/18 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem kündigte die Fraktion CDU im Vorfeld einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

An der Diskussion zur Drucksache beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., führte zur Drucksache seiner Fraktion aus und erläuterte die inhaltlichen Schwerpunkte. Zudem regte er an, im Beschlusspunkt 01 anstatt der der Instandsetzung *eine Sicherung* der Gebäudehülle des Gebäudes zu fordern.
- Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., verwies auf den vorliegenden gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1398/18) und begründete die Notwendigkeit einer Instandsetzung der Gebäudehülle des Gebäudes.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intention des gemeinsamen Antrages (Drucksache 1398/18) und schlug die Änderung im Beschlusspunkt 01 vor: nicht die Instandsetzung sondern zunächst *die Sicherung der Gebäudehülle* solle zum frühestmöglichen Zeitpunkt gewährleistet werden.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, hinterfragte die Kosten für eine Instandsetzung des Gebäudes und sprach sich für eine Notsicherung des Gebäudes aus, bis die weitere Nutzung des Objektes geklärt sei.

¹ Die Drucksache wurde dem Beirat für Menschen mit Behinderungen durch den Sitzungsdienst zur Kenntnis gegeben.

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich nach den anfallenden Kosten und die Möglichkeit einer Sicherung des Gebäudes bis Oktober 2018.
- Herr Warnecke, Fraktion SPD, fragte nach, wann die Ergebnisse der Bürgerbefragung vorliegen und ob die Sicherung der Gebäudehülle bis zum 05.09.2018 möglich sei.
- Zu den Nachfragen bezog der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Herr Hilge, Stellung und wies darauf hin, dass die Umsetzung des vorliegenden Antrages (Drucksache 1398/18) – im Falle des Beschlusses – seitens der Verwaltung nicht gewährleistet werden kann. Die Maßnahmen seien auf Grund des fehlenden Personals nicht leistbar. Zudem sei eine notwendige Sicherung des Gebäudes bereits erfolgt.
Auf die Nachfragen von Herrn Blechschmidt, wann zuletzt jemand vor Ort gewesen sei, und von Frau Walsmann, wann zuletzt mit dem Ortsteilbürgermeister gesprochen wurde, sicherte Herr Hilge zu, dass er das zuständige Fachamt beauftragen und sich jemand in den kommenden Tagen die Situation vor Ort anschauen werde.
- Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., definierte den Begriff der Notsicherung und dessen Bedeutung für das Objekt der Tungerstraße 8.
- Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, regte an, sich zunächst den Zustand des Gebäudes anzusehen und anschließend über den weiteren Fortgang zu beraten.
- Abschließend beantragte Herr Bärwolff, als Vertreter der Einreicher, die Verweisung der Drucksachen in die Beratung der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung. Diese wurde

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 29 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

einstimmig bestätigt und die Drucksachen in den o. g. Ausschuss verweisen.

Verwiesen in Ausschuss

**8.37.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ 1398/18
DIE GRÜNEN zur Drucksache 1272/18 Sanierung der alten
Stadtteilbibliothek**

Verwiesen in Ausschuss

9. Informationen

- 9.1. Umsetzung Parkraumkonzept Innenstadt (DS 0129/14) - 1155/18
Inkrafttreten Bewirtschaftungszonen 1 - 5
Einr.: Oberbürgermeister

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

9.2. sonstige Informationen

Weitere Informationen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die Sitzung des Stadtrates und verabschiedete alle Mitglieder des Stadtrates in eine schöne und erholsame Sommerpause.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in